# BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Landtag

15. Wahlperiode

Beschlussprotokoll 67. Sitzung 24. 10. 02 Nr. 15/1088 – 15/1089

### Nr. 15/1088

#### Offshore-Windkraft in Bremen und Bremerhaven

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 8. Oktober 2002 (Drucksache 15/1254)

- Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die bisherigen Aktivitäten des Senats, das Land Bremen, dabei insbesondere Bremerhaven, als Entwicklungs- und Produktionsstandort für Offshore-Windenergie-Anlagen auszubauen.
- 2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bis zum 31. Dezember 2002 ein Konzept dazu vorzulegen, in dem dargestellt wird, wie der Senat beabsichtigt, die weitere Profilierung und Anpassung der vorhandenen weichen und harten Infrastrukturen in folgenden Feldern voranzutreiben, um die gleichermaßen hohen, aber verschiedenartigen Potenziale in den Städten Bremen und Bremerhaven so zu nutzen, dass innerbremische Konkurrenzsituationen weitgehend vermieden und Synergieeffekte durch die räumliche Konzentration und Vernetzung der Akteure befördert werden:
  - Profilierung der wissenschaftlichen Einrichtungen im Lande Bremen, insbesondere der Hochschule Bremerhaven, u. a. durch die Schaffung der Voraussetzungen zur Einrichtung eines Studienganges "Maritime Technik",
  - Auf- und Ausbau von Technologietransferstrukturen,
  - Entwicklung des Industriegebietes Luneort im Fischereihafen Bremerhaven sowie der stadtbremischen Standorte Überseestadt und Vulkan-Gelände zu Kompetenzzentren der Windenergie-Branche,
  - Akquisition von Produktions- und Serviceunternehmen und Begleitung durch vorhandene Förderprogramme, gegebenenfalls Aufstockung des finanziellen Rahmens für die ökologischen Förderprogramme,
  - abgestimmte Marketingaktivitäten des Landes Bremen,
  - Entwicklung einer Qualifizierungs- und Weiterbildungsstrategie.

### Nr. 15/1089

## Weserquerung im Zuge der A 281

Mitteilung des Senats vom 8. Oktober 2002 (Drucksache 15/1256)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Wesertunnelentscheidung und einer Mitfinanzierung der Anschubfinanzierung in Höhe von 6 Mio. Euro zu.

Druck: Hans Krohn, Bremen